



Niederschrift

2. Plenarsitzung des Gemeinderates
24. September 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 18 der Tagesordnung: Beteiligung der Stadt Karlsruhe an rechtlich selbständigen wirtschaftlichen Unternehmen, Eigenbetrieben und Stiftungen; Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2023
Vorlage: 2024/0163

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt - nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss – von dem Beteiligungsbericht 2023 Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme, keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 18 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 17. September 2024.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Ich möchte nur ganz kurz eine Anmerkung zum Beteiligungsbericht machen und zunächst noch einmal darauf hinweisen, 60 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die der Stadt zuzurechnen sind, sind in den Unternehmen beschäftigt, und auch ungefähr 60 Prozent der Investitionen werden dort getätigt. Das heißt, diese Unternehmen und diese Menschen, die dort arbeiten, leisten einen ganz wesentlichen Beitrag dafür, dass wir diese Stadt hier haben mit ihren Infrastrukturen, mit dieser Versorgung. Das ist etwas sehr Wichtiges. Ich denke, das ist auch etwas, wofür wir diesen Menschen, die dort arbeiten, auch danken können.

Was mich etwas gestört hat in dem Bericht, war, auf der Seite 24, heißt es, dass die Zahlen hinsichtlich der Ausschüttung und so weiter sich wieder verschlechtert haben gegenüber dem Vorjahr. Das ist auch vordergründig zwar richtig, weil wir tatsächlich jetzt mehr auszahlen, aber nur, weil wir auch die Eigenbetriebe berücksichtigen, die wir im Vorjahr so noch nicht berücksichtigt hatten. Wenn man das einmal rausrechnet, sehen wir, dass tatsächlich die Bemühungen der Unternehmen, die Verluste, gerade im Bereich Verkehr oder auch Klinik, noch nicht dramatisch erfolgreich waren, aber in dem Bereich, wenn wir Like for Like vergleichen, ist es nicht schlechter geworden, sondern insgesamt um 4 Millionen Euro besser geworden. Das ist jetzt noch nicht der Frühling, den wir brauchen. Also eine

Schwalbe macht noch keinen Sommer, aber der Trend ist umgekehrt worden, den wir bisher in den vergangenen Jahren hatten. Auch das ist etwas, was wir schon einmal positiv bemerken können. Da liegt noch viel Arbeit vor uns, um den städtischen Haushalt auf Dauer auch wieder krisenfester zu machen, um aus dem Verlust rauszukommen.

Aber dennoch ist es, glaube ich, schon auch wertschätzend, zu sagen, dass wir den Trend zumindest gestoppt haben, wenn wir Like for Like vergleichen. Das ist mir wichtig, das zu betonen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Es ist ein bisschen wie jedes Jahr, wenn wir diesen Beteiligungsbericht der Gesellschaften zur Kenntnis bekommen und dann der eine oder andere sich dann wieder irgendwas aus den Fingern saugen muss. Bei aller Wertschätzung, lieber Kollege Cremer, ich sehe auch die Bemühungen, die durchaus starken Bemühungen in den einzelnen Gesellschaften. Ich glaube, gerade die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort geben wirklich alles, zumindest auch in den Gesellschaften, in denen ich im Aufsichtsrat sitze. Da wird eine gute Arbeit geleistet.

Aber ich muss ganz ehrlich gestehen, diesen Trend, den Sie sehen, sehe ich nicht, vor allem, wenn ich die mittelfristigen Planungen sehe. Sie sind in dem einen oder anderen Aufsichtsrat auch vertreten, und da sieht es teilweise desaströs aus. Von daher ist es natürlich, wenn ich jetzt die Gesamtsumme vergleiche, vielleicht eine Art Stillstand oder eine Art Umkehrung, aber wenn ich mir gerade das städtische Klinikum anschau, da sieht es eher noch schlimmer aus. Ähnlich sieht es auch im Bereich der KVVH aus. Denn wenn wir gerade im Bereich des Verkehrs nicht schleunigst versuchen, auch andere Wege zu gehen, dann denke ich, werden wir in Zukunft ein Riesenloch weiter im Haushalt haben. Und damit können wir, glaube ich, nicht arbeiten auf Dauer.

Von daher, die gute Arbeit jetzt hier anzusprechen, halte ich für vollkommen richtig, aber dass der Trend hier gebrochen ist oder ein Stillstand ist, dies sehen wir überhaupt nicht so, im Gegenteil. Jetzt ist es wieder müßig deswegen, so habe ich vorhin angefangen, zu sagen, wo die Schuld liegt. Wir wissen alle, dass auch hier gerade Bund und Land ihren Verpflichtungen den Kommunen gegenüber überhaupt nicht oder zum Teil nicht nachkommen, und hier muss drastisch gegengesteuert werden. Dass wir hier natürlich immer gegen verschlossene Türen rennen, oft, das wissen wir auch, aber das kann nicht sein, unserer Ansicht nach, dass immer wieder auf unserem Rücken dies ausgetragen wird. Deswegen müssen wir hier einfach auch weiter dieses dicke Brett bohren.

Aber wir müssen auch, und das sehe ich eben deutlich kritischer als Sie, wir müssen hier auch eigene Hausaufgaben machen und müssen auch sehen, wo wir vielleicht ein bisschen umsteuern müssen und da, wo wir was machen können, müssen wir auch weiter dranbleiben. In diesem Sinne wünsche ich uns gerade in der Zukunft viel Glück, dass wir es auch mutig angehen werden.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Beim Lesen des Beteiligungsbericht geht es mir so ein bisschen wie dem Kollegen Hofmann, weniger wie dem Kollegen Cremer. Bei mir ist es eher eine gewisse Resignation, die sich einstellt, auch wenn es eigentlich eine Resignation ist, die völlig fehl am Platz ist. Denn das massive Defizit ist immer noch ein bisschen über 100 Millionen. Es belastet immer noch unseren städtischen Haushalt massiv, und es zeigt uns immer wieder, dass wir dafür Einschnitte an schmerzlichen Stellen machen müssen. Ich erinnere

zum Beispiel an die Erhöhung der Kita-Beiträge, die wir vor kurzem beschlossen haben, auch als Teil der Haushaltssicherung.

Gleichzeitig fühlen wir uns ein bisschen wie Münchhausen. Wir versuchen uns wieder an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zu ziehen, und wir wissen alle, es funktioniert eigentlich nicht. Wir brauchen Hilfe von außen. Auch das hat der Kollege Hofmann schon gesagt. Wir brauchen die Landesregierung für das ÖPNV-Defizit. Wir brauchen die Bundesregierung für das Klinikum. Auch wir hatten Hoffnung auf die Neuregelung der Nahverkehrsabgabe. Da geht es uns ein bisschen anders als dem Kollegen Hofmann. Da wollen wir schon ganz klar auch mit dem Finger drauf zeigen, was da schiefgelaufen ist. Und jetzt auch bei der Neuregelung der Grundsteuerreform zeigt sich einmal mehr, dass unsere Landesregierung offensichtlich schwere Defizite im Verständnis von kommunalpolitischen Prozessen hat, weil am Ende wird die Rechnung wieder ohne den Wirt gemacht, und uns als Kommunen treffen die Entscheidungen des Landes enorm. Es grenzt schon fast an Absurdität, dass wir als eine der Vorreiterstädte, was die ÖPNV-gestützte Verkehrswende angeht, jetzt hier notgedrungen über Qualitätsreduktion diskutieren müssen, um den Defiziten Einhalt zu bieten. Das ist schon wirklich ein absolutes Trauerspiel.

Beim Städtischen Klinikum bauen wir jetzt alle Hoffnung auf die Krankenhausreform, wobei wir uns da auch völlig bewusst sind, dass die Ausgestaltung noch erhebliche Unsicherheiten mit sich bringt, deren Auswirkungen auf den Haushalt oder auf das Defizit des Krankenhauses noch nicht abschätzbar sind. Aber da hoffen wir, weil wir derzeit noch hoffen können, tatsächlich, dass wir vielleicht am Ende auch einmal positiv überrascht werden und dann zumindest, was das Klinikum angeht, nicht über weitere Einschnitte oder über Reduktion von Angeboten diskutieren müssen, wie wir es jetzt notgedrungen auch ziemlich zeitnah im ÖPNV-Bereich machen müssen.

Stadtrat Seidler (AfD): Vieles wurde jetzt schon gesagt, was ich auch sagen wollte, aber wir dürfen uns die Sache nicht zu einfach machen, dass die Bundes- und die Landesregelungen uns das Leben so schwer machen. Ich will nur auf einen Punkt hinweisen. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt Karlsruhe ist die größte aller Landkreise und Städte in Baden-Württemberg, nämlich mit jetzt über 10.000 Euro. Das ist dreieinhalbmal so viel, wie die Landeshauptstadt Stuttgart hat. Die Landeshauptstadt Stuttgart befindet sich im selben Bundesland und im selben Land, im selben Staat wie wir. Da müssen wir uns schon ein bisschen an die Nase greifen und gucken, was ist in Karlsruhe besonders ungünstig gelaufen.

Stadtrat Hock (FDP): Wenn man die Redebeiträge hier im Haus vernimmt, dann hat man jetzt festgestellt, dass außer dem Kollege Cremer jeder hier gesagt hat, dass wir enorme Schwierigkeiten haben. Die Schwierigkeiten wurden benannt, im Verkehrssektor und im Klinikum, aber das sind nur die Spitzen des Eisberges. Eines muss dieses Haus auch wissen, die Handlungsspielräume für unsere Haushaltsaufstellungen werden Jahr zu Jahr weniger. Wir werden jetzt nicht umherkommen, die unangenehmen Dinge, Kollege Huber hat es schon angesprochen, wie mit der Erhöhung der Beiträge der Kindergärten, auch noch andere Dinge anzufassen, die man ehrlicherweise jetzt auch der Bevölkerung zumuten muss. Denn eines ist klar, auf diesem Schiff sind wir jetzt schon im größten Sturm, und man muss jetzt schon irgendwann den Anker schmeißen, um dieses Schiff nicht kentern zu lassen.

Die Erste Bürgermeisterin hat uns schon ausführlich visuell gezeigt, was es bedeutet, jetzt so weiterzumachen. Herr Oberbürgermeister, ich erkenne an, dass Sie im Land und im

Bund versuchen, auch das anzusprechen, was die Stadt Karlsruhe in diese Schwierigkeiten gebracht hat, aber wir dürfen uns selber nicht aus der Verantwortung lassen. Und dieser Verantwortung müssen wir uns als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte in der nächsten Zeit, ich sage Zeit, weil es ist eigentlich schon fünf nach zwölf, dass wir der Verantwortung uns stellen müssen und die Dinge, die wir jetzt schon überlegt haben, dann auch nach draußen zu bringen und in die Umsetzung zu bringen. Eines muss uns allen klar sein, so wie es jetzt hier aussieht, können wir in Zukunft nicht mehr weiterarbeiten. Dieses Gremium hier wird handlungsunfähig, wenn wir weiter mit diesen desaströsen Zahlen hantieren müssen. Wir haben viele Aufgaben vor der Brust, und ich glaube, dass es uns nicht gelingt, wenn wir nicht an die großen Player in diesem Bereich rangehen und dort die Schraube ansetzen, dass wir irgendwas verändern können.

Ich hoffe nicht, oder doch, ich hoffe, dass Bund und Land uns hilft, aber wer sich selber hilft, ist, glaube ich, besser aufgestellt in diesem Punkt. Deshalb lassen Sie uns anpacken. Meine Fraktion wird gerne diesen Weg und die unangenehmen Dinge auch anfassen.

Stadträtin Geißinger (VOLT): Da jetzt schon einiges zum Thema schlechte finanzielle Lage gesagt wurde, spare ich mir den Kommentar an der Stelle. Ich würde aber gerne noch einmal auf 1.2 und 1.3 eingehen. Gerade die Beschäftigungsquote von Arbeitnehmer*innen mit Behinderung, aber auch die Frauenquote sind über die Jahre eher schlechter als besser geworden. Gerade bei der Frauenquote auf der ersten Führungsebene hat sich quasi nichts wirklich groß verändert. In der dritten sieht man ein paar Veränderungen, aber alles in allem dafür, dass es Konzepte hierfür gibt, muss man klar sagen, sind die Veränderungen jetzt leider nicht so groß, wie man es hätte sich vielleicht in den Jahren auch vorstellen dürfen, sehr schade zu sehen. Ich glaube, das sind Themen, die fernab von Finanzierung auf jeden Fall unser Augenmerk verdienen. Und da würde ich mir auch wünschen, dass wir uns gemeinsam dafür einsetzen.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Es war für mich spannend, den Beteiligungsbericht zu lesen. Besonders habe ich das Vorwort gelesen, und da dachte ich, das kommt heute einmal richtig gut rüber. Dann war ich eigentlich ziemlich entsetzt, nachdem ich die Fakten gelesen habe. Frau Luczak-Schwarz, Sie sprechen von hoher Leistungsfähigkeit, was stimmt, da gebe ich Ihnen absolut Recht. Sie sprechen von Kontinuität und Stabilität, das stimmt nicht. Und Sie sprechen von nachhaltiger Daseinsfürsorge. Die Nachhaltigkeit ist nicht gegeben.

Wenn wir uns die Zahlen anschauen, bei der Ergebnisübersicht sehen wir, dass die Gesamtheit der Betriebe für 2019 von minus 16 Millionen, jetzt 2023, auf 103 Millionen gestiegen sind. Das ist das Siebenfache an Ergebnisverschlechterung. Dann der Verlustausgleich, was für uns interessant ist, was zahlt der Kernhaushalt an Verlustausgleich an die Gesellschaften. Das ist gestiegen 2013 von 43 Millionen auf jetzt 221 Millionen Verlustausgleich. Dann schreiben Sie so schön, wir machen mit 87 Millionen nach dem Haushaltssicherungsprozess, ohne zu sagen, was sparen wir mit dem Kernhaushalt, und was sparen wir jetzt in den Gesellschaften. Das muss man wirklich auch unterscheiden, wenn man von den Beteiligungsberichten schreibt. Was sind die 87 Millionen gegen die 221 Millionen Verlustausgleich? Bei aller Güte, wir sind noch lange nicht am Ende des Haushaltskonsolidierungskurses. Wir müssen uns richtig reinhängen, wenn wir gut rauskommen wollen. Also einfach nur weiter so geht nicht.

Der Vorsitzende: Wir fühlen uns motiviert, bei den nächsten Haushaltsberatungen noch intensiver mit Ihnen in die Diskussion zu gehen. Dann sind wir einmal gespannt, was dann am Ende rauskommt.

Ich möchte noch auf eins hinweisen. Es entsteht immer so ein bisschen der Eindruck, der Kernhaushalt ist irgendwie okay, und dann kommen die bösen Beteiligungen und machen alles so klump. Alles, was Sie über die Beteiligung gesagt haben, kann man genauso auch für den Kernhaushalt sagen, nur es wird nicht so sichtbar, weil wir die einzelnen Produktgruppen nicht in einzelnen Organisationsformen darstellen. Ich sage es einmal so, wären unsere Sozialausgaben, Schulbauausgaben und ähnliches, auch eigene Organisationen, dann würden wir über deren Kostensteigerung heute diskutieren, und wäre der ÖPNV einfach noch Teil eines Verkehrsamtes, dann würden wir das wahrscheinlich gar nicht so wahrnehmen, dass da immer ein größeres Defizit entsteht. Insofern müssen wir uns am Ende beides angucken und beides gleich ernst nehmen. Die Idee, man macht ein paar Gesellschaften, wird dadurch marktfähig und am besten tragen die sich noch alle selbst, das war so in der Zeit des Hochliberalismus, dieser ganzen Daseinsvorsorgegeschichten, das erweist sich jetzt heute, weil eben die entsprechende Auftragslage nicht dazu führt, dass wir die Beträge auch bekommen, um die Aufträge dann auch umsetzen zu können.

Und vom Wording her wäre ich sehr, sehr dankbar, wenn wir nicht sagen, wir brauchen die Hilfe von Land und Bund, sondern das Land und Bund sollen einfach das bezahlen, was sie bei uns bestellt haben, dann haben wir nämlich an der Stelle schon eigentlich fast gar kein Problem mehr. Denn wir sind eigentlich die Letzten in der ganzen Nahrungskette, die verantwortlich wären für ein ausreichendes Gesundheitswesen und Ähnliches mehr. Wir müssen es organisieren, es ist aber eigentlich nicht die Aufgabe, mit städtischen Mitteln das Ganze zu finanzieren. Da das in fast allen Bereichen im Moment uns auf die Füße fällt, summiert sich das dann eben auch zu solchen schon schwer vorstellbaren Zahlen.

Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz: Ich würde gerne ein paar Anmerkungen machen, und dann fange ich einmal mit Herrn Dr. Cremer an, weil Sie gestartet sind. In der Tat, wenn Sie die Eigenbetriebssumme, die Zuschüsse an die Eigenbetriebe abziehen, dann haben wir etwas weniger aus dem Kernhaushalt überwiesen, in Führungszeichen ausgeglichen, als im letzten Jahr, aber Sie dürfen nicht vergessen, dass wir in dem Paket 2023 einen Schwerpunkt gesetzt haben, dass wir einen Großteil der Verluste über die Verrechnung mit der Eigenkapitalquote ausgeglichen haben, um die Zuschüsse aus dem Haushalt zu reduzieren. Insofern ist die Aussage zwar rechnerisch richtig gewesen, aber in der Gesamtbetrachtung eigentlich nicht ganz umfassend zu Ende gedacht.

Der zweite Punkt, der mir wichtig ist, Frau Geißinger, das ist die Betrachtung 2023. Wir haben in 2024 zwei Geschäftsführungspositionen mit Frauen besetzt. Die Quote steigt, wir arbeiten kontinuierlich daran, und insofern ist da natürlich immer noch Luft nach oben, in der Tat, aber wir bewegen uns auf den richtigen Weg.

Herr Seidler, man kann nicht einfach die Pro-Kopf-Verschuldung der Städte miteinander ohne differenzierte Betrachtung vergleichen. Die Stadt Stuttgart ist anders strukturiert, als wir das sind. Die haben zahlreiche Eigenbetriebe, die dann bei der Pro-Kopf-Verschuldung im Kernhaushalt nicht mit einbezogen werden. Und insofern machen wir gerne auch noch einmal eine Darstellung in den entsprechenden Fachausschüssen, aber es ist immer schwierig zu sagen, in Stuttgart ist die Pro-Kopf-Verschuldung niedriger als in Karlsruhe. Das kann

man erst richtig beurteilen im zweiten Blick, wenn man alles auseinanderdividiert hat, was eigentlich vergleichbar ist. Das war mir an der Stelle auch noch wichtig.

Herr Kalmbach, wichtig ist bei diesem Bericht, wir gucken in die Vergangenheit, zeigen aber trotzdem die Problematik der Zukunft auf. Bei den letzten Beteiligungsberichten und auch die Prognose in der Zukunft zeigt, dass wir mit unseren Gesellschaften, und das haben viele gesagt, im Bereich Mobilität, im Bereich Gesundheit, mit dem Klinikum große Probleme haben. Um diese Leistungen aufrechtzuerhalten für unsere Bürgerschaft, müssen wir tief in den städtischen Haushalt hineingreifen, um dieses Niveau zu halten, und das können wir als Kommune uns auf Dauer eigentlich nicht leisten. Und das ist das Problem, was sich eigentlich wie ein roter Faden die letzten sechs, sieben Jahre durch unsere Beteiligungsberichte zieht. Da ist Handlungsbedarf, und Herr Dr. Huber hat das aufgegriffen und auch der Kollege Hock von der FDP, dass werden schwierige Diskussionen auch mit Blick auf die Haushaltsberatungen werden, weil wir werden an der Diskussion, wo senken wir die Standards nachhaltig, um überhaupt noch handlungsfähig zu bleiben, Klammer auf, oder Bund und Land gibt uns Geld, Klammer zu, nicht dran vorbeikommen.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Liebe Frau Erste Bürgermeisterin, ich hätte die Bitte, dass Sie im nächsten Haupt- und Finanzausschuss mir dann erläutern, wieso bei der Ergebnisübersicht eine leichte Verbesserung dasteht, wenn Sie sagen, ich hätte nicht richtig zu Ende gedacht, dass Sie Ergebnisverschlechterungen woanders in den Bilanzen geparkt haben. Ich kann das nicht nachvollziehen. Mir erschließt sich das nicht, dass Sie so außerhalb der städtischen Gesellschaften auch wiederum leicht bessere Ergebnisse erzielt haben.

Der Vorsitzende: Es gibt hier auch noch zum Thema kommunale Finanzen eine eigene Informationsveranstaltung. Vielleicht kann man das auch da ein bisschen einbringen, oder wir ziehen es noch einmal hier nach.

Stadtrat Schnell (AfD): Frau Luczak-Schwarz, ich darf einen Satz aus einem Bericht des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg zum Thema Verschuldung in Stuttgart zitieren: „Kernhaushalt und Eigenbetriebe zusammengenommen waren die Einwohner 2018 nur geringfügig höher verschuldet als 2010, und 2019 konnte für Stuttgart die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung in der Summe beider Kategorien gemessen werden“. Also es ist nicht so, dass nur im Kernhaushalt das alles wunderbar ist und bei den Eigenbetrieben ganz, ganz schlecht oder umgekehrt, sondern insgesamt steht Stuttgart nicht schlecht da.

Der Vorsitzende: Sie haben das zur Kenntnis genommen, das ist ja eine Informationsvorlage.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin: